



„Ziel bleibt feste Elbquerung“

EJZ 28.01.2023 S. 2

Das Land Niedersachsen will den Elbbrückenbau bei Neu Darchau nicht mehr finanziell fördern – doch der Landkreis Lüneburg sowie Befürworter der Brücke ignorieren oder dementieren entsprechende Äußerungen aus Hannover

VON ROUVEN GROSS

Neu Darchau. Die Aussage war eindeutig und auch nicht misszuverstehen: „Leider würde der Bau einer Brücke bei Neu Darchau finanziell in extremer Weise zulasten anderer Straßenbauprojekte in Nordniedersachsen gehen. Deshalb ist vor dem Hintergrund der sonstigen krisenbedingt hohen Belastungen des niedersächsischen Haushaltes eine Brückenlösung bedauerlicherweise nicht finanzierbar“, hieß es Anfang November vergangenen Jahres auf eine EJZ-Anfrage an die neue niedersächsische Landesregierung, wie es

denn in Sachen Elbbrücke Neu Darchau nun weitergehen würde. Und es war auch nicht irgendeine, die diese Auskunft schriftlich gab, sondern Anke Pörksen,

Staatssekretärin der Niedersächsischen Staatskanzlei und Sprecherin der Landesregierung. Und eigentlich hätte man nach dieser unzweideutigen Aussage hektische Betriebsamkeit im Lüneburger Rathaus erwarten können, da das Projekt Elbbrücke Neu Darchau ohne die Millionen aus Hannover für den Landkreis Lüneburg nicht realisierbar ist. Doch stattdessen geschah – nichts. Bis heute. Aufseiten der Brückenbefürworter wird die Aussage schlichtweg ignoriert oder gar in Zweifel gezogen, dass sie überhaupt getätigt worden sei. Vom Verein „Brücken bauen“ über den Landkreis Lüneburg bis hin zur Landes-CDU tut man so, als sei nicht geschehen. Und das kann richtig teuer werden.

Landkreis Lüneburg hält an Zeitplan fest

„Unser Ziel als Landkreis Lüneburg ist es, eine feste Elbquerung bei Darchau und Neu Darchau zu errichten“, sagt daher auch Lüneburgs Landrat Jens Böther (CDU). Aktuell liefen „die letzten vorbereitenden Arbeiten für den Planfeststellungsantrag“, Gutachten seien in Auftrag gegeben und würden derzeit erstellt, danach eine Umweltverträglichkeitsprüfung. „Ziel ist es, im Sommer 2023 den Planfeststellungsantrag bei der Planfeststellungsbehörde einzureichen. Hiermit beantragen wir sozusagen die Baugenehmigung für die Elbbrücke, den Planfeststellungsbeschluss. Wir rechnen damit, dass das Verfahren längere Zeit in Anspruch nehmen wird“, erläutert Lüneburgs Landrat. Man macht also genau so weiter wie bisher. „Für den Landkreis Lüneburg hat sich in puncto Finanzierung an der Ausgangssituation nichts geändert“, meint Böther. Derzeit stehe die Elbbrücke als Projekt im Mehrjahresprogramm des Landes Niedersachsen und sei auch förderfähig, das habe „das Land uns mit Schreiben vom 16. September 2022 bestätigt und eine 75-Prozent-Förderung auf die reinen Baukosten (...) in Aussicht gestellt“. Dass das vor der Landtagswahl, dass die Regierung seither eine andere ist und sich diese Regierung im Koalitions-

vertrag gegen eine Brücke ausspricht, spielt für Böther keine Rolle, ebenso wenig die Aussage der Staatssekretärin. Und so wird weiter Geld für die Planung ausgegeben – Hunderttausende Euro.

Grüne wollen „innovatives Fährkonzept“

Ein Irrweg, meint Pascal Mennen, in Lüneburg direkt gewählter Landtagsabgeordneter der Grünen. „Die Haltung von uns Grünen und auch von mir persönlich ist in dieser Frage sehr klar. Wie wir schon im Wahlprogramm geschrieben haben, befürworten wir ein innovatives Fährkonzept. Der Brückenbau in Neu Darchau wäre nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch schlecht“, sagt Mennen. Der Landkreis Lüneburg täte sich „in der aktuell sehr angespannten Haushaltslage keinen Gefallen, sollte er weiter an den Plänen zum Brückenbau festhalten“. Denn wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, würden „kluge Konzepte, die die Mobilitätswende voranbringen, (...) von der rot-grünen Landesregierung unterstützt“, betont der Landtagsabgeordnete: „Insofern wäre es nur folgerichtig, eine Fährgesell-

„Für den Landkreis Lüneburg hat sich in puncto Finanzierung an der Ausgangssituation nichts geändert“

Jens Böther, Lüneburger Landrat

schaft zu gründen, um ein neues zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln.“ Vom Brückenbau wird im Koalitionsvertrag ausdrücklich Abstand genommen.

CDU sieht Weil im Wort

Die niedersächsische CDU hingegen setzt weiter auf den Brückenbau. Auf ihrem Parteitag in Lüneburg verabschiedeten die Delegierten einen Antrag des CDU-Bezirksverbands Nordostniedersachsen, nachdem man den

Bau der Elbbrücke begrüße und die neue Landesregierung auffordere, das Projekt weiter zu unterstützen. Ministerpräsident Weil (SPD) stehe im Wort, meint auch der hiesige CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf. Weil und später auch ein Sprecher des zuständigen Verkehrsministeriums hätten zugesichert, dass die zugesagten Fördermittel für den Brückenbau bereitstünden, und nach Dorendorfs Auffassung gebe es „keine gesetzliche Vorgabe, (...) die Förderung grundsätzlich zu versagen. Sofern der Landkreis Lüneburg als Planer und Bauherr der Brücke die in den NGVFG-Förderrichtlinien genannten Voraussetzungen einhält, werden Landesfördergelder genehmigt und gezahlt werden“, meint Dorendorf. Das Geld, so Dorendorf, würde dann „übrigens in mehreren Jahreschargen und nicht in einer Summe zur Verfügung gestellt, so dass die angebliche Überlastung des vorhandenen Jahresfördertopfes wegen der Brücken- und der Umgehungsstraßen-Beihilfe gar nicht vorhanden sein“ könne. Er gehe weiter fest davon aus, dass die Brücke gebaut werde: „Alle vorliegenden Erkenntnisse und Gutachten sprechen dafür“, glaubt Uwe Dorendorf.

„Keine Zeit verschwenden“

Damit liegt er ganz auf der Linie seiner Landes-CDU. Die stellt zudem heraus, dass das Projekt ja auch Aufnahme in das Raumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen gefunden habe. Das, hieß es auf dem Parteitag, belege die Notwendigkeit des Brückenbaus. Für Menschen, die zur Arbeit müssten, Betriebe und nicht zuletzt Rettungskräfte. Und: Der Wegfall der Kosten für die Fährrnutzung würde die Menschen auf beiden Seiten der Elbe finanziell entlasten. Es sei der CDU bewusst, dass die Kosten der Brücke hoch wären, zuletzt war von 75 Millionen Euro die Rede. Bis zu einem Baubeginn könnten sie auf 100 Millionen Euro steigen, meinen Fachleute. Und gerade darum dürfe man nun keine weitere Zeit verschwenden, meint man bei der niedersächsischen CDU.



Darüber, wie es in Sachen Elbbrücke Neu Darchau weitergeht, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die Absage einer finanziellen Beteiligung durch das Land wird vollkommen unterschiedlich bewertet.

Aufn.: R. Groß

EJZ 28.01.2023 S.

SO GESEHEN**VON ROUVEN GROSS**

Augen zu und durch

Erstaunliches tut sich gerade im Nachbarlandkreis Lüneburg. Der will gern eine Brücke über die Elbe bauen, bei Neu Darchau soll sie den Strom queren, es wird seit Jahren fleißig geplant – doch wohl vergebens: Die neue rot-grüne Landesregierung hat kein Interesse mehr an der Brücke, das hat sie mehrfach ganz deutlich gemacht und die von der rot-schwarzen Vorgänger-Regierung getätigten Finanzierungszusagen wieder einkassiert. Ein Problem für den Landkreis Lüneburg, denn der kann ohne das Geld aus Hannover die Brücke, die wohl an die 100 Millionen Euro kosten dürfte, niemals bauen. Also was macht der Landkreis mit seinem brückenbefürwortenden Landrat Jens Böther? Genau: einfach weiter wie bisher. Weiterplanen. Und Hunderttausende Euro mutmaßlich durch den Schornstein jagen.

Denn was soll er, also Landrat Böther, auch sonst tun? Die Brücke war eines seiner zentralen Wahlkampfthemen, das Versprechen, sie zu bauen, sorgte mit für jene Stimmen, die ihn ins Amt verhalfen. Augen zu und durch ist jetzt das Motto für Böther, und warten, bis entweder das Rot-Grün regierte Land dem Projekt ganz offensiv den Stecker zieht und damit dem Landkreis Lüneburg und seinem obersten Vertreter die Möglichkeit bietet, gesichtswahrend aus dem kostenmäßig eh bereits vollkommen aus dem Ruder gelaufenen und politisch toxisch gewordenen Vorhaben auszusteigen. Oder warten, bis die immer noch klar zur Brücke stehende Niedersachsen-CDU in Hannover wieder mitregiert. Letzteres würde wenigstens noch vier Jahre dauern. Vier Jahre, in denen viel passieren kann, auch eine Abkehr der CDU von ihrer Brückenbegeisterung. Oder dem Land könnte schlicht das Geld ausgehen. Auf diese Karte zu setzen und Steuermillionen darauf zu verwetten, wäre absolut unverantwortlich. Das weiß man auch im Lüneburger Kreishaus. Also muss man notgedrungen hoffen, dass sich die aktuelle Regierung glasklar und unmissverständlich gegen die Brücke positioniert. Je eher das passiert, desto eher kann dort oben an der Elbe daran gearbeitet werden, eine dauerhaft verlässliche Fährlösung zu erarbeiten. Eine, die nicht bei Hoch- oder Niedrigwasser ausfällt, oder – siehe Pevestorf – wenn ihr Treibholz in die Quere kommt. Das muss möglich sein. Weil es wichtig ist. Und weil es eine Brücke, davon kann man ausgehen, nicht geben wird. Egal, was man davon hält.